Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 1450 M, durch Boten bezogen monatlich 1500 M, bei Postbezug monatlich 1200 M (ohne Bestellgeld). Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 60 M, Sonnabends 90 M. Alle Preise freibleibend. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird k. Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Anzeigenpreis Der 8gespaltene Millimeter Satzraum 50 M, und der 3gespaltene Millimeter Reklameraum 150 M. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 100 M in Zahlung genommen. Ziffergebühr 30 M. Porto besonders. Alle Preise freibleibend. Anzeigenschluß vormittags 10 Uhr. Belegnummer wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger — Herausgeber Ludwig Baltz)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 28. — Freitag, den 2. Februar 1923 — 163. Jahrgang.

Die Kohlenblockade begonnen.

Poincarés Sperrnote.

„Mit Note vom 17. Januar hat der Minister des Auswärtigen Amtes die Ehre gehabt, den deutschen Geschäftsträger erneut darauf aufmerksam zu machen, daß die Maßnahmen, die seitens der französischen und belgischen Regierung unter Mitwirkung der italienischen getroffen worden sind, um Deutschland zur Lieferung der Frankreich geschuldeten Kohle zu veranlassen, keineswegs den Charakter eines militärischen Unternehmens tragen. Diese Maßnahmen sind, wie der deutschen Regierung durch die Mitteilung vom 10. Januar bekanntgegeben ist, auf Grund des durch die Reparationskommission festgestellten Versäumnis Deutschlands bei der Ausführung des Reparationsprogramms ergriffen worden, soweit sie die Lieferung von Holz und Kohle an Frankreich betreffen. — Wie bereits in der Note vom 17. Januar mitgeteilt wurde, hat die Haltung, die die Industriellen des Ruhrgebiets auf Grund von Anweisungen der Reichsregierung eingenommen haben, die alliierten Behörden nunmehr in die Unmöglichkeit versetzt, auf gütlichem Wege vorzugehen, sie vielmehr gezwungen, die zu liefernde Kohle zu requirieren und notwendige Umleitungen im Kohlentransport vorzunehmen. — Zunächst hat die deutsche Regierung den Zechenbesitzern erklärt, daß die von ihnen auf Reparationskonto gelieferte Kohle von seiten der Regierung keine Bezahlung finden würde. Nachdem der Leiter der Ingenieurkommission bekanntgegeben hatte, daß die alliierten Regierungen bereit wären, diese Kohle unmittelbar zu bezahlen, sogar die Lieferungen gegen Bezahlung durchzuführen. Seit diesem Zeitpunkt ist die Obstruktion der deutschen Regierung dauernd gewachsen. — Die Reparationskommission hat am 16. Januar Versäumnisse hinsichtlich der Kohle wie des Holzes, sowohl bezüglich Reparations- wie Restitutionsleistungen, feststellen müssen. Sie hat am 26. Januar der deutschen Regierung die Feststellungen einer Generalversäumnis Deutschlands in seinen Verpflichtungen gegenüber Frankreich und Belgien mitgeteilt. — Schließlich gefährdet die deutsche Regierung durch die von ihr erteilten Instruktionen und durch die Erregung, die sie unaufhörlich unter die Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telefonbeamten sowohl an der Ruhr wie auf dem linken Rheinufer trägt, die geregelte Ausbeutung der Minen und Zechen an der Ruhr. Unter diesen Umständen, angesichts der durch die Reparationskommission festgestellten Generalversäumnis, setzt die französische Regierung, die sich dabei auf § 18, Anhang 2, Teil 8 des Vertrages von Versailles stützt, die deutsche Regierung in Kenntnis, daß vom 1. Februar ab keine Versendung von Kohle und Koks aus dem besetzten Gebiet nach dem übrigen Deutschland mehr stattfinden wird. Alle diese Maßnahmen werden vorbehaltlich neuer notwendig werdenden Sanktionen getroffen." — Eine gleichlautende Note hat der belgische Minister des Auswärtigen gestern dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel überreicht.

*

Da die Durchführung der Zollinie im Ruhrgebiet durch Franzosen und Belgier sich bisher nicht ermöglichen ließ, mußten die widerrechtlich ins Ruhrgebiet eingedrungenen Truppen sich einstweilen damit begnügen die Kohlenzufuhr ins unbesetzte Deutschland aus dem Ruhrrevier zu sperren. Die umfangreichen militärischen Maßnahmen zur Kohlenblockade Deutschlands wurden so getroffen, daß mit der Blockade in letzter Nacht begonnen werden konnte. Nach den vorliegenden Meldungen wurden die Eisenbahnanlagen an der willkürlich errichteten Absperrungslinie, soweit das noch nicht geschehen war, nachts militärisch besetzt. und mit der Zurückhaltung der Kohlen- Koks- und Leerzüge begonnen. Der übrige Güterverkehr ist einstweilen noch unbehindert, doch werden auch die Leerzüge die aus Deutschland ins Ruhrgebiet kommen, von den fremden Truppen angehalten, um für französisch-belgische Zwecke verwendet zu werden.

Wie wir erfahren, hat die Kohlensperre an den Grenzen des Ruhrgebiets bereits große Verkehrsstockungen hervorgerufen. Mehrere Bahnhöfe sind vollständig verstopft und es ist damit zu rechnen, daß in 3—4 Tagen der Verkehr völlig lahm gelegt worden ist.

Infolge der durch die Eingriffe der Besatzungsbehörde bedingten Störungen des Eisenbahnverkehrs ist deutscherseits eine allgemeine Annahme- und Rückfallsperre für alle Güter, ausgenommen Lebensmittel, sowie Kalk und Kalksteine für Hochöfen, angeordnet. Seit Donnerstag morgen 6 Uhr ist der Kohlentransport aus dem besetzten nach dem unbesetzten Gebiet eingestellt. Ein ungeachtet dieser Anordnung durch die Bahnstation Hengsten in Richtung Schwerte fahrender Kohlenzug wurde von französischen Posten beschossen. Zur Erzwingung der Einstellung des Güterverkehrs nach dem unbesetzten Gebiet sind seitens der Besatzungstruppen die Schienen auf einigen Strecken durch Hemmschuhe abgesperrt. Zum Abtransport von Brennstoffen wurden am 30. Januar 6017 Wagen gestellt: es fehlten 3022 Wagen. Für heute sind 15 023 aufgefordert. Auf den Strecken Mühlheim-Sthrum, Essen-Hauptbahnhof-Gelsenkirchen, Bismarck-Borbeck wird ab Freitag ein Personenpendelverkehr eingerichtet werden.

Nach weiteren in Berlin eingetroffenen Meldungen gehen die Franzosen an den Sperrgrenzen mit äußerster Schärfe vor. Aber auch die mit dem kompliziertesten Bahnnetz vertrauten deutschen Eisenbahner setzen alle Hebel in Bewegung, um trotz der Sperre irgendwo durchzubrechen. Mehrfach soll das bereits gelungen sein. — Die englischen Journalisten im Ruhrgebiet sehen in diesem Wettkampf zwischen Franzosen und deutschen Eisenbahnern einen „guten Sport". Der Berichterstatter des „Daily Chronicle" drahtet seinem Blatte, daß die Franzosen rund 3500 Eisenbahner im Ruhrgebiet haben, daß dies aber eine lächerlich geringe Zahl sei für den Versuch, das komplizierteste Eisenbahnnetz der Welt in Stand zu halten. In der britischen Zone haben es inzwischen die Eisenbahner strikt abgelehnt, Züge mit von den Franzosen geraubter Kohle durch die Zone zu führen. Die Engländer denken ebenfalls nicht daran, diese Aufgabe zu übernehmen. Die Besatzungsbehörde plant die Sperrung der Einfuhr aus dem unbesetzten Deutschland abgesehen von Lebensmitteln, die nach wie vor hereingelassen werden sollten.

In Essen und Dortmund ist der Belagerungszustand vollkommen gegenstandslos geworden, da die Bevölkerung sich nicht an ihn gekehrt hat.

Der Widerstand der Eisenbahner.

Nachdem vorgestern der Präsident der Reichsbahndirektion Essen, seine sämtlichen Vertreter und eine Reihe weiterer Oberbeamter ausgewiesen worden sind, hat heute der Präsident der Feldeisenbahnkommission dem Dezernenten eine Erklärung abgegeben, in der es heißt, gestern hätten mehrere Oberbeamte der Reichsbahnoberdirektion Essen bestraft werden müssen, weil sie dem Befehle des Generals Degoutte nicht nachgekommen wären, darunter auch der Präsident und sein Vertreter, Richtsteig. Es werde daher gebeten, einen Vertreter zu bezeichnen, an den sich die Unterkommission wenden könne.

Hierauf wurde etwa folgende Antwort erteilt: Gegen die Bestrafung der acht höheren Beamten durch Verhaftung und Ausweisung werde im Namen der gesamten Arbeiter- und Beamtenschaft schärfste Verwahrung eingelegt. Das gestellte Ersuchen werde dahin beantwortet, daß die übriggebliebenen weder befugt seien, die Präsidialgeschäfte zu übernehmen, noch das Recht hätten, einen Vertreter des Präsidenten zu bestimmen, daß jedoch Oberregierungsrat Abel als derjenige bezeichnet werde, welchem Mitteilung gemacht werden könnte. Die Franzosen nahmen die Erklärung zur Kenntnis.

In deutschen industriellen Kreisen.

betrachtet man die neuen Anstrengungen der Franzosen, Deutschland auf die Knie zu zwingen, sehr gelassen. Die Versorgung Deutschlands mit Kohle ist eine sehr gute; die Vorräte reichen für längere Monate, es ist also durchaus kein Grund vorhanden, die neuen Maßnahmen etwa mit Pessimismus zu betrachten, besonders wenn man in Betracht zieht, daß die Nachrichten aus Luxemburg und Lothringen über die dortige Kohlenversorgung immer schlechter lauten und die dortige französische Industrie in kurzer Zeit zum Erliegen kommen muß. Wie wenig positive Ergebnisse die Franzosen bisher erzielt haben, geht auch daraus hervor, daß berüchtigte Agenten, die schon seinerzeit in Oberschlesien mit rigorosesten Mitteln gegen die Anordnungen der deutschen Regierung hetzten, jetzt nach dem Ruhrgebiet berufen sind, um dort ebenfalls in diesem Sinne zu arbeiten.

Die gesamte rückständige Kohlensteuer

ist bereits durch das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat an das Reich abgeführt worden. Den Franzosen sind diese Beträge also entzogen und eine Beschlagnahme daher unmöglich.

Mit der Reitpeitsche mißhandelt.

Bochum, 2. Februar. Als am Donnerstag in Weitmar ein Polizeibeamter einen französischen Offizier der Besatzung den Gruß versagte, versetzte ihm der Offizier mit der Hand einen Schlag ins Gesicht. In Bochum wurde am Donnerstag ein anderer Polizeibeamter mit der Reitpeitsche mißhandelt und dann verhaftet.

Der einseitige Krieg.

„Man soll ja nicht glauben, daß man eine friedliche Besetzung ausübt. Wir befinden uns mit Deutschland im Kriege. Es fließt freilich kein Blut, aber der Krieg ist furchtbar, wild und erbarmungslos." So schreibt der Abgeordnete Duplessy im „Libre Parole". Als sei ein Stichwort gefallen, so taucht plötzlich seit Ende der vergangenen Woche überall in der französischen, englischen und amerikanischen Presse das Wort „Krieg" auf. Es ist gut, daß die Welt den Einbruch und das Gewaltregiment der französischen Truppen im Ruhrgebiet beim richtigen Namen nennt. Das verzweifelte Ringen zwischen einer wehr- und waffenlosen Bevölkerung und einem modernen Heere ist ein Krieg. Anders kann man doch einen so organisierten Raubzug, kann man die Bedrohung des Eigentums, der Freiheit und des Lebens von Millionen nicht bezeichnen. Es ist eine Art Krieg, wie sie bis heute noch nicht erlebt worden ist: ein so brutal, rechtswidrig und widernatürlich, daß die Welt den Schritt zum blutigen Konflikt für unvermeidlich hält. Seit der vergangenen Woche wird in der Weltpresse eine solche blutige Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich prophezeit. Besonders in der Deutschland wenig günstig gesinnten Presse wird von „kriegerischen Vorbereitungen" Deutschlands berichtet, werden „Enthüllungen" gebracht über die Wiederaufrichtung deutscher Einwohnerwehren, über Rüstungen der Nationalsozialisten usw. Der Zweck ist durchsichtig. Diese Tendenzmeldungen tragen zu sehr den Stempel der französischen Herkunft auf der Stirn.

Leider gibt es auch in Deutschland noch Kurzsichtige, Urteilslose, Nur-Gefühls-Politiker, die in Wort und Schrift ebenfalls von dem „unvermeidlichen Krieg" zwischen Deutschland und Frankreich faseln, die eine „bewaffnete Volkserhebung" wie 1813 als einzige Rettung bezeichnen, die unverantwortlich genug sind, die tollsten Gerüchte über verborgene Waffen, Maschinengewehre und Kanonen, über mörderische neue Erfindungen in die Welt zu setzen. Das sind die Helfershelfer der französischen Politik, die die Welt von dem Revanchedurst Deutschlands und von der Notwendigkeit eines Schutzes gegen den Ueberfall auf Frankreich überzeugen will. Die Reichsregierung hat mit Recht gegen den verbrecherischen Unfug dieser Kriegsfanatiker Stellung genommen. Das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit weiß nur zu genau, daß wir einen Krieg gegen Frankreich nicht führen können. Mit Knüppeln und Sensen kann man heute keine Schlacht mehr schlagen. Ein solcher Versuch wäre Selbstmord. Ein solcher Versuch wäre das Willkommenste für Frankreich. Nicht eine Hand in der ganzen Welt würde sich für Deutschland regen, wohl aber würde Frankreich Verbündete genug finden, die mit ihm den Beutekrieg bis zum Ende, bis zum Ziel der französischen Politik durchführen würden.

In dem Abwehrkampf, den uns Frankreich aufgezwungen hat, steht das Recht auf deutscher Seite. Die Art des Kampfes, die Art, wie Frankreich ein wehrloses Volk durch Hunger und Verzweiflung zur Unterwerfung zwingen will, muß in der gesitteten Welt immer schärfere Ablehnung und Verachtung hervorrufen. Die Folgen der brutalen französischen Gewaltpolitik für die europäische und die Weltwirtschaft sind zudem von so verheerender Wirkung, daß dieser Kampf als Dauerzustand unmöglich ertragen werden kann. Einen Krieg können wir nicht führen und wollen wir nicht führen. Wir leisten Widerstand bis zum Letzten. Denn wir wissen, daß es um unser Leben geht. Solange die französischen Truppen im Ruhrgebiet stehen, ist der Bestand des Staates, ist die nackte Existenz des deutschen Volkes bedroht. Diese Erkenntnis muß unserem Widerstande die Kraft und die Ausdauer bis zum Letzten geben.

„Wir befinden uns im Krieg mit Deutschland ..... Der Krieg ist furchtbar, wild und erbarmungslos." Wir wissen es und sehen, daß die nächsten Wochen und Monate die schwersten Opfer von uns, vom ganzen deutschen Volke verlangen werden. Dieser einseitige Krieg an der Ruhr und am Rhein ist furchtbar, aber nicht nur für Deutschland. Ebenso verhängnisvoll sind die Folgen für Frankreich selber, für ganz Europa und die Welt. An diesen Folgen wird die französische Gewaltpolitik scheitern.

Es wird ihnen ungemütlich zumute.

Wiesbaden, 1. Februar. Der Eisenbahnverkehr ruht vollständig. Auf Kosten der Stadt werden obdachlose Reisende verpflegt und mit Autos nach Frankfurt am Main befördert. Heute vormittag war es den Franzosen möglich, je einen Zug nach Straßburg und Paris abzulassen, die mit französischen Zivilpersonen besetzt waren, die eiligst das besetzte Gebiet verlassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230202-18/fragment/page=0001

Allgemeiner Franzosenboykott im Ruhrgebiet.

Essen, 1. Februar. Im gesamten Ruhrbezirk ist von den Vereinigungen des Handwerks und des Handels beschlossen worden, an Franzosen keinerlei Waren mehr zu verkaufen.

Zum französischen Einbruch in die Bochumer Lueg-Werke.

Bochum, 1. Februar. Die Herren Dr. Lueg, Schwarz und Vormann von den Reparaturwerkstätten Lueg befinden sich in französischer Haft und sind in einem Klassenzimmer eines beschlagnahmten Oberrealgymnasiums untergebracht. Im Laufe des Vormittags wurde an Herrn Dr. Lueg das Ansinnen gestellt, das Verhalten seiner Arbeiter bei der Besetzung des Werkes zu mißbilligen und zu erklären, daß er damit nicht einverstanden gewesen sei. Herr Lueg hat selbstverständlich dieses Ansinnen von sich gewiesen. Der Syndikus des Arbeitgeberverbandes der Hütten- und Schwerindustrie zu Bochum, Herr A. Sanders, verlangte heute mittag im Auftrage der Bochumer Industrie die sofortige Freilassung der widerrechtlich verhafteten Herren. Die beabsichtigte mündliche Erklärung hat nicht zu Ende gebracht werden können, da der General nach den ersten Sätzen die Unterredung abbrach. Es wurde darauf ein Schreiben an den General gerichtet, in dem erklärt wird, die Industrie verlange die sofortige Freilassung der widerrechtlich verhafteten Herren. Sie protestiert gegen das gewaltsame Vorgehen der französischen Truppen. Das Verhalten der Belegschaft der Firma Lueg wird für richtig gehalten und habe den vollen und ungeteilten Beifall sowie die Sympathie der gesamten hiesigen Industrie gefunden. — Da der gestohlene Kraftwagen bereits heute morgen nicht mehr fahrbar war, wurde an Herrn Lueg das Verlangen gestellt, seinem Werke Anweisung zu geben, den Wagen zu reparieren. Auf die Weigerung des Herrn Lueg wurde mit kriegsgerichtlicher Verfolgung gedroht, ohne damit Erfolg zu haben. Es wird vermutet, daß die verhafteten Herren vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Die Revision der Zechenleiter verworfen.

Mainz, 2. Februar. Das Revisionsgericht des Generalstabs der französischen Reinarmee hat am Donnerstag nachmittag nach ½ stündiger Beratung die von den verurteilten Großindustriellen und Beamten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks eingelegte Revision verworfen. Das Urteil des Kriegsgerichts ist dadurch nach französischem Gesetz rechtskräftig geworden. Eine Berufung an eine höhere Instanz ist nicht mehr möglich.

Eine Unterredung mit dem Reichskanzler.

Rotterdam, 2. Febr. Der Berliner Berichterstatter des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" hatte mit Reichskanzler Dr. Cuno eine Unterredung, in der dieser u.a. ausführte: Das französische Vorgehen bestimmt unsere eigene Haltung mit eiserner Konsequenz. Wir werden uns keinesfalls dazu verleiten lassen, durch aktiven Widerstand, zu dem uns die Waffen fehlen, dem Gegner einen Anlaß zur Entfesselung seiner letzten militärischen Mittel zu geben. Wir werden aber ebensowenig die passive Resistenz weichen lassen, die uns als Waffe in diesem wirtschaftlich geführten Kriege zur Verfügung gestellt ist. Das weiß ich, daß diese Abwehr keinesfalls versagen wird. Wir sind noch auf Manches gefaßt. Je schärfer jedoch die Franzosen vorgehen werden, umso weiter werden sie von ihren eigenen Zielen fortgeführt werden. Die Einfachheit unserer Politik ergibt sich aus der einfachen Tatsache, daß die schlimmsten Folgen der Besetzung nicht schlimmer sein können, als die Folgen des Nachgebens. Deswegen ist es unserem Volke auch so vollkommen klar, daß wir diesen Kampf durchhalten müssen bis zum Ende, d. h., bis zu einem Punkte, wo es unserer passiven Resistenz gelungen sein wird, die Gewalt ad absurdum zu führen. In diesen grundlegenden Gedankengängen und in den daraus sich ergebenden Schlußfolgerungen sind alle einig. Unsere Haltung schreibt uns das größte Maß von Besonnenheit vor. Wir wollen niemand herausfordern, wir werden aber auch Herrn Poincare nicht die goldene Brücke bis zum Endsiege bauen dürfen, weil sonst der ganze Kampf der Arbeiter und Unternehmer im Ruhrgebiet und die Leiden unserer pflichtgetreuen Beamten umsonst gewesen wären.

Erregung in Königsberg.

Königsberg, 1. Febr. Die Lage in Königsberg wird immer gespannter. Die Polizei hat umfangreiche Absperrungen vorgenommen. Durch die ganze Stadt ziehen starke Demonstrationstrupps. Die französischen Offiziere sollen sich heute abend in das Polizeipräsidium in Schutzhaft begeben haben. Man vermutet, daß die Nacht nicht ruhig verlaufen wird.

Die Demonstrationen haben bis über den Mittag hinaus angehalten. Der englische und der französische Führer der Delegation protestierten beim Oberpräsidenten, gaben jedoch zu, daß die Behörden alles in ihren Kräften stehende getan hätten, um sie zu schützen. Sie baten, ihnen den Schutz auch weiterhin zu gewähren. Von den hiesigen amtlichen Stellen ist übrigens heute morgen wieder, wie schon vor einigen Tagen, die Berliner zuständige Stelle telegraphisch dringend ersucht worden, die Abreise der französischen Kommissionsmitglieder möglichst schnell zu veranlassen, da deren Sicherheit **in keiner Weise mehr garantiert werden könne.**

Eine Orientnote Poincarés an England.

London, 2. Febr. Die Möglichkeit, daß England sich genötigt sehen wird, im Falle, daß die Verhandlungen in Lausanne resultatlos verlaufen, mit der Türkei einen Separatfrieden abzuschließen, wird jetzt in britischen Regierungskreisen erwähnt. Diese Entwickelung ist wahrscheinlich geworden durch eine Note Poincarés, die der britische Botschafter in Paris dem Londoner Foreign Office zustellte und die man in britischen maßgebenden Kreisen **für außerordentlich ernst ansieht.** Frankreich will sich hiernach vollständig freie Hand sichern, im Falle die Türken ablehnen sollten, den Lausanner Vertrag zu unterzeichnen. Durch diesen Schritt Frankreichs wird ein großer Teil der Ergebnisse, die man während der Verhandlungen der letzten zehn Wochen erreicht hat, wieder aufgehoben.

Die Türkei bleibt fest.

Paris, 2. Febr. Wie der „Matin" aus Angora meldet, hat die Nationalversammlung am Mittwoch spät beschlossen, an Ismed Pascha besondere Instruktionen nach Lausanne zu schicken, um ihn zu verpflichten, unbedingt auf der rückhaltlosen Annahme des Nationalpaktes durch die Alliierten zu bestehen.

Austausch der Ratifikationsurkunden des Rapallovertrages.

Am Mittwoch wurden im Auswärtigen Amt in Berlin zwischen dem Reichsminister von Rosenberg und dem russischen Botschafter Krestinski die Ratifikationsurkunden zum Rapallovertrag ausgetauscht. Der Rapallovertrag wurde ursprünglich zwischen dem weiland Außenminister Dr. Rathenau und Tschitscherin während der Konferenz von Genua in Rapallo unterzeichnet, und hat seitdem viel umstritten, viel gelobt und viel verteidigt in der öffentlichen Meinung eine wechselnde Rolle gespielt. Der Vertrag besteht bekanntlich aus 6 Artikeln, deren wichtigster die Anerkennung des Grundsatzes der Meistbegünstigung in Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ist, und ein weiterer, nämlich der Artikel 5, der auf künftige Wirtschaftsverhandlungen hindeutet. Wir verzeichnen das Ereignis des Austausches der Ratifikationsurkunden mit Genugtuung, nicht weil dadurch der Inhalt des Vertrages irgend etwas geändert wäre, nicht, weil bestimmte Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland in diesen Tagen zum Abschluß gekommen sind, sondern deswegen, weil dieser Austausch der Urkunden allgemein politisch von einer gewissen Bedeutung ist. Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß die Linie der deutsch-russischen Verständigung, die vor etwa einem Jahre eingeschlagen worden ist, auch heute noch zu Recht besteht, daß wir vor allem aktive Außenpolitik zu treiben im Begriff und imstande sind. Wir dürfen uns zwar keinerlei Illusionen über die wirklichen wirtschaftlichen Kräfte des russischen Reiches hingeben. Vieleriei ist dort im vergangenen Jahre geschehen. Vieles ist versucht worden, aber Rußlands Aufstieg ist abhängig von dem Wiederaufstieg des deutschen Reiches. Beide Länder sind aufeinander angewiesen. Angewiesen nicht nur was die wirtschaftliche Entwicklung anbetrifft, sondern auch angewiesen in politischer Beziehung. Beide sind Opfer des Friedensvertrages von Versailles. Es kommt auf wechselseitige Hilfe an. Aber wenn wir diese Wechselseitigkeit der Beziehungen heute anerkennen, so muß auch gesagt werden, daß das deutsche Reich sich nicht als Experimentierobjekt für Sowjettheorien eignet und daß die größte Gefahr vor der wir heute stehen, etwa der Sieg des kommunistischen Gedankens im Ruhrgebiete wäre. Zwar glauben wir nicht, daß in dieser Hinsicht Anlaß zu irgendwelchen Befürchtungen gegeben ist, aber es ist unter allen Umständen bedauerlich, daß wir heute mit dem Kommunismus im Ruhrgebiet rechnen müssen. Es ist das umso bedauerlicher deswegen, weil Anlaß zu der Vermutung vorhanden ist, daß sich der deutsche Kommunismus auch recht guter Beziehungen zur französischen Botschaft am Pariser Platz erfreut und daß die Hoffnungen der Franzosen auf die Zertrümmerung der Einheitsfront im Ruhrgebiet nicht zuletzt auf die Erwartung zurückgehen, man kann den kommunistischen Gedanken gegen die deutsche industrielle Führung mobil machen. Eine solche Mobilmachung wäre jedoch im Interesse gerade der deutsch-russischen Beziehungen nicht zu begrüßen, weil die deutsche öffentliche Meinung nicht immer die aus Rußland und die aus Frankreich kommende Einwirkung klar wird auseinanderhalten können.

Gebt für die Ruhrspende!

Jeder gebe nach bestem Vermögen. Die Not ist groß, noch größer die Gefahr für's Deutsche Vaterland. Niemand darf sich ausschließen!

Weitere Quittung: Prof. M. Baenig 1000, Gemeinsch. Konf. Niederbenna (Merseburg, Leuna, Rössen, Schladebach, Weißenfels, Zorbau, Frankleben, Köschen, Benna) d. Superint. Uhle 3000, K. Taenzer 10 000, zusammen 14 000.

Vortrag Mk. 297 398, insgesamt Mk. 311 398.

Aus Stadt und Umgebung

Wieder führt die Saale Hochwasser.

Das Uferbett der Saale ist vollständig mit einer graugelblichen Wassermasse angefüllt und an niedriger gelegenen Stellen ausgebreitet. Milde Witterung und dauernde Niederschläge sind die Ursachen des hohen Wasserstandes. Auch die alte Saale und Luppe sind vollkrig und die Elster hat weite Flächen Wiesen und Aecker überschwemmt.

Empfindlicher Schaden.

Durch ein Fuhrwerk wurde gestern mittag der in der Merschauer Straße befindliche Kaufmann Traxdorf'sche Warenschuppen arg beschädigt. In genannter Straße wurden Briketts abgeladen und die Passage für Fuhrwerke war wohl etwas zu schmal, so daß der Bürgersteig zu Hilfe genommen wurde. Hierbei ist das Malheur entstanden, daß Putz und Steine aus dem Bau herausgerissen wurden. Unsere Schupo war sogleich bereit und nahm den näheren Tatbestand auf.

Verfahren von Ueber- und Sonntagsschichten.

Die Nachricht verschiedener Blätter, daß in den Braunkohlengruben des Geiseltales Ueber- und Sonntagsschichten verfahren werden, trifft nur bedingungsweise zu und zwar für solche Gruben, die täglich nur zwei Schichten verfahren. Gruben, wie z. B. Michel-Vesta, die drei Schichten verfahren, müssen sich den Sonntag freihalten für Instandhaltung ihres Betriebes, da an Wochentagen einer Möglichkeit für solche Arbeiten nicht besteht. Es muß hervorgehoben werden, daß die Stimmung unter der Arbeiterschaft durchaus für das Verfahren von Ueberschichten ist.

Steuerfreiheit für die Ruhrhilfe.

Auf Grund des § 108 Abs. 1 der Reichsabgabenordnung hat der Reichsfinanzminister die Finanzämter ermächtigt. Zuwendungen unter Lebenden an eine Hilfsorganisation aus Anlaß der Besetzung des Ruhrgebiets von der Erbschaftssteuer zu befreien, bei der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer den Abzug von Beiträgen an eine Hilfsorganisation der bezeichneten Art vom Einkommen in voller Höhe zuzulassen, Arbeitslohn, der einer Hilfsorganisation der bezeichneten Art zur Verfügung gestellt wird, vom Steuerabzug und von der Einkommensteuer zu befreien, die Hilfsorganisationen von allen Steuern zu befreien bei auf Einkommen oder Vermögen ruhen.

Vereinigte Lichtspieltheater.

In den Kammerlichtspielen läuft ab Freitag bis Montag ein äußerlesenes vorzügliches Programm. Als erster Schlager der Welt größter Raubtier-Urwald-Film, die Sensation der Saison mit Marie Walcamp „Die Frau ohne Nerven" in der Hauptrolle. Die Herstellungsfirma dieses Films schreibt über ihren Star Marie Walcamp Folgendes: Marie ist von Kindheit an mit den wilden Tieren in ihrem großen kalifornischen Zoo aufgewachsen und hat als Spielgefährten die gefährlichsten Bestien gehabt; als sie später mit ihren Freunden gefilmt wurde, ist sie des öfteren mit knapper Not einem plötzlichen Tode entrissen worden. Einst lag sie hinter einem umgestürzten Baumstamm, dem ein gewaltiger Tiger zugesagt wurde; die Bestie sprang zu kurz und seine gewaltigen Tatzen zerfetzten Marie Schulter und Rücken. Des öfteren ist ihr derartiges zugestoßen und in diesem Film besonders kommen unzählige Episoden vor, in denen Marie ihr Leben immer und immer wieder auf das Spiel setzt." Als 2. Schlager läuft der große Sittenfilm „Im Glutrausch der Sinne 1. Teil" mit der entzückenden Lilli Flohr. Also ein Programm, wie es wohl selten gezeigt werden kann. Auch im Modernen Theater ist ein vorzüglicher Spielplan angezeigt und ein Besuch wird sich wirklich lohnen.

Todesurteil im Runstedter Raubmordprozeß.

Der Mord an den Landwirt Zille in Runstedt am 7. November vorigen Jahres ist noch in frischester Erinnerung. Diese Tat, die in ihren Grauenhaftigkeit im Kapitel der Verbrechen an hervorragender Stelle steht, fand gestern vor dem Halleschen Schwurgericht in einer Dauersitzung — die Urteilsverkündigung erfolgte um 7 Uhr abends — ihre Sühne.

Der 29jährige Arbeiter Theodald Stoll, zuletzt in Großfahna, der bereits wegen Erregung öffentlichen Aergernisses und unbefugter Grenzüberschreitung vorbestraft ist, machte sich am 7. November vorigen Jahres in der Frankleben Flur mit dem auf seinem Acker pflügenden 75jährigen Landwirt Zille aus Runstedt bekannt, der ihm in seiner leutseligen und gesprächigen Art aus seiner Wirtschaft erzählte. Diese Erzählung ließ in dem jetzt des Mordes und Raubes angeklagten St. den Wunsch aufkommen, das Gespann des Z. zu besitzen, um durch dessen Verkauf die Mittel, die er in schlechter Gesellschaft durchgebracht hatte, wieder zu erhalten. Er forschte den Z. aus, wann er die Heimfahrt antrete, und legte sich, mit einem Hammer und einer Brechstange bewaffnet, an einem Hohlwege auf die Lauer. Als Z. vorbeikam, trat er an dessen Wagen heran, von dem herab Z. dem Angeklagten die Hand reichte. In diesem Augenblicke schlug dieser mit der Stange über dem Hammer auf Z. ein und versetzte ihm mehrere wuchtige Schläge auf den Kopf, die den baldigen Tod des Z. zur Folge hatten. Jetzt schleifte er den Leichnam ein Stück auf den Acker hinaus, deckte ihn mit Kartoffelkraut zu und fuhr mit dem Gespann nach Merseburg, wo er durch die geringe Forderung bei einem Fleischermeister Verdacht erregte und verhaftet wurde. Die Leiche wurde am anderen Morgen von landwirtschaftlichen Arbeitern gefunden, da aus dem Haufen Kartoffelkraut eine Hand des Erschlagenen hervorsah. Bei der Gegenüberstellung des Angeklagten mit der Leiche schob dieser die Schuld anfangs auf einen mitbeteiligten Unbekannten, gestand aber bald ein, daß er die Tat allein ausgeführt habe.

Aus der umfangreichen Zeugenvernehmung sind die Angaben der ehemaligen Braut des Angeklagten, die mit ihm ein Verhältnis gehabt at, das nicht one Folgen geblieben war, und die nähere Angaben über die Familienverhältnisse des St. machte, sowie die des Oberlandjägers aus Frankleben von Wichtigkeit. Der letztere hat in der Mordsache die ersten Ermittelungen angestellt und die Leiche am Morgen nach der Mordsache gesehen, ehe die benachrichtigte Merseburger Schutzpolizei mit dem Verhafteten am Tatorte eintraf.

Nach der Vernehmung der Tochter des Erschlagenen und zweier Sachverständiger, die den Angeklagten als einen etwas einfältigen, aber für seine Tat unbedingt verantwortlich zu machenden Menschen hinstellen, folgte das Plädoyer des Staatsanwalts, der die Geschworenen bat, den Angeklagten des Mordes (Totschlags mit Ueberlegung) und des Raubes für schuldig erklären zu wollen, während die Verteidigung nur Totschlag geahndet wissen wollte. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Mord und so **wurde der Angeklagte zum Tode verurteilt.**

Darf Militärrente auf den Lohn angerechnet werden?

Diese Frage muß im Hinblick auf Paragr. 89 des R. V. G. mit Nein beantwortet werden. Bei Bemessung des Arbeitslohnes von Beschädigten, welche Versorgungsgebühren nach dem Versorgungsgesetz oder anderen Militärversorgungsgesetzen empfangen, dürfen diese Renten nicht zum Nachteil der Kriegsbeschädigten berechnet werden. Diese Bestimmung bezieht sich auf sämtliche Arbeitnehmer in privaten Betrieben sowie staatlichen Verwaltungen. Als Arbeitsentgelt gilt jede in Geld oder Geldeswert bewirkte einmalige oder sich wiederholende Vergütung für Arbeitsleistungen aller Art — einschließlich Teuerungszulagen. Für die Höhe des Arbeitsentgelts für Beschädigte sowie Kriegshinterbliebene sind einzig und allein die Tarifverträge maßgebend. Soweit die Tarifverträge dem Paragr. 89 entgegenstehen, sind sie ungültig. Verschiedene Tarifverträge enthalten jedoch einen Paragraphen, nach welchem für Arbeitnehmer, die in ihrer Erwerbstätigkeit erheblich beschränkt sind, der Lohn besonders festgesetzt werden kann. Eine solche besondere Lohnfestsetzung kann aber nicht vom Arbeitgeber allein vorgenommen werden, sondern nur im Einvernehmen mit dem für solche Fälle in den Tarifverträgen vorgesehenen Instanzen. Wird gegen die Vorschrift des Paragr. 89 verstoßen, so können die in Paragr. 15 ff. der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Streitigkeiten vom 23. Dezember 1918 (R. G. Bl. S. 1456) vorgesehenen Schlichtungsausschüsse gemäß Paragr. 20 (daselbst) angerufen werden. Hierzu ist auch der betr. Beschädigte befugt. Besteht jedoch im Betriebe, dem Geschäft oder der Verwaltung, dem der Beschädigte angehört, eine Betriebsvertretung, so ist erst nach nicht erfolgter Einigung obiger Schlichtungsausschuß anzurufen, welcher dann einen Schiedsspruch zu fällen hat. — Oberster Grundsatz bei der Entlohnung von Kriegsbeschädigten muß jedenfalls sein, für die geleistete Arbeit der dafür tariflich vorgesehenen Lohn.

Für Kriegshinterbliebene.

Zahlreiche Vorkommnisse der letzten Zeit geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß bei Stellung von Anträgen, Mitteilungen usw. in Angelegenheiten der Kriegshinterbliebenenversorge in allen Fällen genaue Angaben über Familien- und Aufnamen, sowie Geburtsdaten des verstorbenen Kriegsteilnehmers zu machen sind. Falls die Aktennummer der Hauptfürsorgestelle, den Hinterbliebenen bekannt sein sollte, genügt die Angabe dieser Nummer. Es liegt im eigensten Interesse, um Verzögerungen in der Angelegenheit und unnötige hohe Portoausgaben zu vermeiden, genau darauf zu achten.

300 Mark für verbotenes Rauchen.

Eine Uebertretung des Rauchverbots der Eisenbahn wurde bisher mit 60 Mark bestraft. Die Strafe ist durch eine Aenderung der Eisenbahnverkehrsordnung vom 1. Februar an auf 300 M. erhöht worden. Sie gilt für die Züge usw. für die Warteräle. Wer ohne gültige Fahrkarte sich unaufgefordert beim Schaffner oder Zugführer meldet, muß einen Zuschlag entrichten, der bisher 10 M. betrug, vom 1. Febr. an aber 100 M. ausmacht. Ebensoviel ist zu zahlen, wenn man ohne gültigen Ausweis die abgesperrten Teile einer Station betritt. Wer ohne die Absicht mitzureisen in einen zur Abfahrt bereitstehenden Zug Platz nimmt, muß jetzt 500 M. zahlen. Für jedes gebührenpflichtige Tier ist bei rechtzeitiger Meldung ein Zuschlag von 100 M., ohne Meldung von 500 M. zu entrichten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230202-18/fragment/page=0002

Versammlungen und Veranstaltungen.

In Betz's Gesellschaftshaus findet am Sonnabend Abend ein Wohltätigkeitskonzert zu Gunsten der Ruhrspende statt. Das Konzert bestreitet die Hauskapelle Putler. Außerdem treten drei Solokräfte auf. Am Sonntag Abend findet im Saale die Aufführung der Volksoperette „Das Glücksmädel" statt. Der Besuch sei bestens empfohlen.

*

Stadttheater Halle.

Wolfgang Amadeus Mozart: Die Zauberflöte.

Zur Erinnerung an Mozarts Geburtstag (27. Januar 1756) brachte das hallesche Stadttheater gestern abend des Meisters bedeutendstes Werk „Die Zauberflöte" in Neueinstudierung zur Vorführung. Die Geschichte dieser Oper bietet ein besonderes Zeugnis für den edlen Sinn des stets hilfsbereiten Mozart. Im Frühjahr des Jahres 1791 trat Emanuel Schikaneder, der das „Theater an der Wien" leitete, an Mozart heran mit der Bitte, ihm eine der damals so sehr beliebten Zauberopern zu komponieren, da er ruiniert sei, wenn Mozart nicht helfe. Und Mozart half. Aber aus einer Zauberposse, deren reichlich kindischen Text ihm Schikaneder brachte und der zum Teil schon von der Konkurrenz verwertet worden war, entstand „Die Zauberflöte". Aus einer äußerlichen, echt romantischen Zaubergeschichte entstand eine sinnreiche Verherrlichung der Freimaurerei, welcher Mozart seit 1783 als eifriges Mitglied angehörte.

Bei einer guten Aufführung vollbringt hier Mozarts Musik Wunder, wie kaum eine andere deutsche Oper. Leider war die gestrige Aufführung nicht derart, wie man es vom hallescher Stadttheater sonst gewohnt ist. Bedauerlich war schon, daß Kapellmeister Wolfes den Tönen zu wenig Wohllaut und Geist gab und dazu die Tempi mitunter außerordentlich schleppend und langweilig nahm. So mußten auch verschiedentlich Differenzen mit den Solisten hervortreten, die vielleicht infolge der regen Pflege moderner Opern für den Mozartstil mit seinen so klaren und offenen und doch so schweren Eigenheiten nicht genügend geübt erschienen. Selbst Siegmund Matuszewski als Tamino, der als guter Repertoirsänger bekannt ist, konnte bereits in der großen Bildnisarie im 1. Akte verschiedentlich keinen rechten Einklang mit dem Orchester finden. Dagegen gelang ihm wundervoll das berühmte Recitativ „Die Weisheitslehre dieser Knaben", in dem ihm August Rößler als Priester angenehm unterstützte. Als einziger trat Heinrich Teßmer glänzend hervor, der den lebendigen Humor des Mohren Monostatos vollständig ausschöpfte. Stimmlich und darstellerisch war der Künstler wie immer auf der Höhe. Auch Cornelius Barck, der plötzlich heiser wurde und um Nachsicht bitten mußte, bot mit Ausnahme in den weihevollen Tempelszenen, die unter der Erkältung etwas zu leiden hatten, noch einen wärdevollen Sarastro. Als virtuose Mozart-Koloratursängerin zeichnete Elisabeth Schwarz eine leidenschaftliche Königin der Nacht. In Hertha Reinecke, der Tochter des bekannten Leipziger Gesangspädagogen, wächst uns offenbar eine ausgezeichnete jugendliche Dramatische heran, die mit feinem musikalischen Gefühl und rythmischer Sicherheit ihre Pamina sang. Zwar war sie ihrer Partie besonders in der wundervollen G-moll-Arie „Ach ich fühl's" noch nicht ganz gewachsen, da die Partitur hier mehr verlangt als die Künstlerin heute schon zu geben vermag. Am unglücklichsten schnitt wohl der Papageno Artur Roods, eines Gastes, ab, der ziemliche Enttäuschungen bereitete. Mit einem guten Material allein kann man nichts anfangen. So spielte er mitunter ziemlich ungeschickt, setzte verschiedentlich falsch ein und ließ sogar einige Stellen aus. Hat sich denn vor der Aufführung keine Probe ermöglichen lassen, damit Herr Rood sich wenigstens auf der Bühne zurechtfinden konnte und nicht gelegentlich (3. Bild) die ganze Vorstellung aufzuhalten brauchte? In Anna Engbardt, deren Papagena liebenswürdige musikalische und darstellerische Gewandtheit offenbarte, hatte er eine sichere Stütze. Die Terzette der drei Damen – Marie Künzel-Dworsky, Charlotte Böder, Henriette Böhmer – und der drei Knaben – Olga Georg, Martha Kolb, Martha Geeligson hinterließen größtenteils einen angenehmen Eindruck. Wenn die Aufführung an frühere Leistungen nicht heranreichte, so muß dieses Manko auf Lasten des üblen Zufalls gebucht werden. Das ausverkaufte Haus spendete zum Schluß der Vorstellung dankbaren Beifall.

Kurt Talander.

* * *

Der Bahnbau bei Körbisdorf.

Körbisdorf, 2. Februar. Die Umlegungsarbeiten der elektrischen Straßenbahn sind nahezu beendet, sodaß voraussichtlich in dieser Woche noch die neue Strecke betriebsfertig wird. Anscheinend sind die der Grube Otto gegenüber stehenden Häuser durch die Rutschung nicht mehr gefährdet, was wegen des Wohnungsmangels erfreulich ist.

Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise.

Halle a. S., 31. Januar. Die Stadt Halle erhöht die Preise für die Straßenbahn in nächster Woche für zwei Teilstrecken von 60 auf 100 Mark, für drei Teilstrecken von 70 auf 120 Mark. Die Linie Nr. 8, die vom Bahnhof nach Cröllwitz fährt, soll stillgelegt werden.

Wiederausgabe des Hallischen Notgeldes.

Halle, 2. Februar. Die augenblickliche Knappheit der Zahlungsmittel bei der Reichsbank zwingt dazu, die zum großen Teil schon eingezogen gewesenen Notgeldscheine der Stadt Halle zu 100 und 500 Mark nochmals in den Verkehr zu geben. Die Annahme des Notgeldes als Zahlungsmittel kann unbedenklich erfolgen, da durch Erlaß des Reichsministers der Finanzen als letzter Einlösungstag erst der 4. März d. J. in Frage kommt: die Wiedereinlösung ist also nicht dringlich.

Auf keinen fahrenden Zug springen.

Schkeuditz, 2. Februar. Tödlich verunglückt ist in der Frühe des Donnerstag Fräulein Lina Wille, die 22jährige Tochter des Maurers Max Wille, Sie wollte den Frühzug der Reichseisenbahn nach Leipzig benutzen, kam aber zu spät zu der Station und wollte noch auf den bereits im Gang befindlichen Zug aufspringen. Hierbei muß sie ausgerutscht sein, sie geriet unter die Räder und war rettungslos verloren, indem ihr von den Rädern der Kopf vollständig zermalt wurde.

Aus Provinz und Reich

Das Grubenunglück bei Beuthen.

112 Tote.

Beuthen, 2. Februar. Dadurch, daß mehrere totgeglaubte Bergleute mit Hilfe von Sauerstoffapparaten wieder ins Leben zurückgerufen werden konnten, hat sich die am Donnerstag vormittag mit 116 angegebene Zahl der Todesopfer auf der „Heinitz"-Grube auf 112 vermindert. Die Bergungsaktion wird ohne Unterbrechung fortgesetzt. Das Befinden der noch im Lazarett befindlichen 38 Bergleute kann als gut bezeichnet werden. Vermißt werden noch 29 Bergarbeiter. Zehn Tote sind noch nicht identifiziert. Am Donnerstag Nachmittag ist noch ein jugendlicher Arbeiter lebend geborgen worden, sodaß die Hoffnung besteht, daß nicht alle der Vermißten ums Leben gekommen sind.

Begnadigung des Brockenmörders.

Halberstadt, 31. Januar. Ende Juni vorigen Jahres war nach mehrtägiger Verhandlung von dem Halberstädter Schwurgericht der 20jährige Sohn Walter des Getreidegroßhändlers Cordis aus Lehe wegen Raubmordes zum Tode verurteilt worden. Der Verurteilte hatte am Abend des 5. August 1921 zwischen Elend und Schierke den in Braunlage zur Kur weilenden 51jährigen Berliner Kaufmann Brandt auf einem einsamen Waldwege überfallen, mit einem vorher in einer Braunlager Pension gestohlenen Revolver erschossen und ihn dann seiner Barschaft und Wertsachen beraubt. Trotzdem der unumstößliche Beweis gegen Cordis sprach, hat er die Tat bis zum letzten Augenblick geleugnet. Nachdem seine Revision vom Reichsgericht verworfen war, hat er jetzt ein Gnadengesuch eingereicht, mit dem er Erfolg hatte. Die Todesstrafe wurde in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt.

Zugunglück.

Breslau, 2. Februar. Heute früh entgleiste der D-Zug nach Berlin auf dem Bahnhof Gassen an der Einmündung der Strecke Gutshof Sommerfeld in die Strecke Sagan-Sommerfeld. Ein Wagen stürzte um. Zwei Personen wurden getötet mehrere leicht verletzt.

Keine Gemeinschaft mit Raubstaaten.

Ein Aufruf des Deutschen Städtetages.

Der Vorsitzende des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Böß, hat folgenden Aufruf an die Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages erlassen:

„Einmütig stehen mit dem ganzen deutschen Volk die Städte hinter der Reichsregierung in der Abwehr der von den französischen und belgischen Machthabern verübten Gewalt, die sich unter beispiellosser Verletzung und Verhöhnung des Rechts die rücksichtslosesten Eingriffe in unseres Volkes Freiheit anmaßt.

Auch die deutschen Städte werden es als ihre Pflicht betrachten, jede Gemeinschaft mit Angehörigen der an dem Einfall in das Ruhrgebiet beteiligten Staaten, solange der rechtswidrige Zustand dauert, abzulehnen, die geschäftlichen Beziehungen zu französischen und belgischen Lieferfirmen abzubrechen und auf das örtliche Wirtschaftsleben, das in die Zwecke der städtischen Verwaltung mit Leistungen und Lieferungen verflochten ist, zu gleichem Vorgehen einzuwirken.

Der Deutsche Städtetag vertraut, daß alle Mitgliedsstädte bis zur letzten Grenze ihrer erschöpften Mittel zum Deutschen Volksopfer beisteuern. Es gilt den Betroffenen und an der Front des wirtschaftlichen Kampfes Stehenden den Mut zum Durchhalten dadurch zu stärken, daß ganz sich dem sicheren Gefühl hingeben können, daß das ganze Volk vom ersten bis zum letzten Mann geschlossen hinter ihnen steht."

Letzte Depeschen

Der heutige Dollarstand: 40500.

Berlin, 2. Februar. (Eig. Drahtber.) Der Dollar notierte heute vorbörslich 42 750—43 250, mittags 12 Uhr 40 500.

Demonstrationen in Königsberg.

Königsberg, 2. Februar. (Eig. Drahtber.) Die französenfeindlichen Kundgebungen wurden bis in die Nacht hinein fortgesetzt. Bei dem französischen und polnischen Konsulat wurden die Fensterscheiben eingeschlagen. Es wurde ein großes Schutzmannsaufgebot eingesetzt, das schließlich die Straßen räumen konnte. Etwa 50 Personen wurden festgenommen. Nach 1 Uhr nachts trat wieder Ruhe ein.

Kundgebungen in Frankfurt-Main.

Frankfurt a. M., 2. Februar. (Eig. Drahtber.) Vor dem Carlton-Hotel fanden gestern abend Demonstrationen gegen die dort wohnende Ententekommission statt. Die Menge versuchte in das Hotel einzudringen, wobei es mit der Polizei zu einem Handgemenge kam.

Protest gegen die Verkehrseinschränkung.

Berlin, 2. Februar. (Eig. Drahtber.) Der französische Botschafter hat dem Auswärtigen Amt eine Note seiner Regierung überreicht, in der Protest gegen die Beschränkung des Zugverkehrs, soweit internationale Züge davon betroffen werden, eingelegt wird. Der Protest stützt sich auf Paragr. 367 des Versailler Vertrags.

Vertagung der Kammer-Aussprache.

Paris, 2. Februar. Die Kammer hat am Schluß der Sitzung am Donnerstag auf Antrag des Ministerpräsidenten Poincare mit 485 gegen 81 Stimmen beschlossen, die Besprechung der Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung, die an Freitag stattfinden sollte, zu vertagen, damit, wie Poincare sich ausdrückte, die Regierung in Ruhe ihre friedliche Aktion zur Erzwingung von Reparationszahlungen fortsetzen könne.

Genehmigung des Notgesetzes.

Berlin, 2. Februar. Dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats lag in seiner Sitzung am 31. Januar der vom Reichsministerium des Innern vorgelegte Entwurf eines Notgesetzes, der durch den widerrechtlichen Einbruch in das Ruhrgebiet veranlaßt ist, zur Begutachtung vor. Der Entwurf wurde einstimmig gebilligt, doch gab der Ausschuß der Meinung Ausdruck, daß die vorgesehenen Strafen allgemein zu milde seien und daß besonders die Geldstrafen der Geldentwertung anzupassen seien und daß in der Vorlage die Bestimmungen zur Eindämmung bestehender Auswüchse des Volkslebens nicht durchgreifend genug sind. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Wirtschaftspolitische Ausschuß gemeinsam mit dem Reparationsausschuß bereits am 29. August 1922 in seinem Gutachten über die Mittel zur Bekämpfung des Falles der deutschen Währung ein allgemeines Verbot des Ausschenkens von Schnaps und Champagner in öffentlichen Lokalen und eine größere Besteuerung der Schlemmergaststätten verlangt hat.

Ultimatum der Botschafterkonferenz an Litauen.

Paris, 2. Februar. Der diplomatische Redakteur der Havas-Agentur ist in der Lage mitzuteilen, daß die Botschafterkonferenz in ihrer Sitzung am Mittwoch beschlossen hat, der litauischen Regierung ein Ultimatum zu senden, in welchem sie aufgefordert wird, die litauischen Aufständischen in Memel innerhalb einer Frist von sieben Tagen zurückzurufen.

Bestechungsversuche mit Lebensmitteln.

Essen, 1. Februar. Die Franzosen haben in Bottrop dem deutschen Eisenbahnpersonal französische Lebensmittel angeboten. Das Anerbieten ist selbstverständlich abgelehnt worden. Die Preisentwicklung und der Lebensbedarf im Ruhrrevier bedürfen sorgfältiger Beobachtung. Die Verwirklichung der eingeleiteten Hilfsaktionen ist dringend notwendig.

Handel und Verkehr.

Devisen bleiben steif.

Berlin 1. Februar. Wenn auch die Gerüchte, daß die Regierung eine zeitweilige Stillegung des Devisenhandels beabsichtige, nicht zutreffen, so bestätigt es sich jedoch andererseits, daß von amtlicher Seite eine verschärfte Kontrolle des Devisenverkehrs geplant wird. Wie ziemlich bestimmt verlautet, hat die Regierung in diesem Sinne bereits mit der Reichsbank verhandelt und wohl auch mit den Großbanken Fühlung genommen. Aber nicht allein auf die Auswüchse des Devisen-, sondern auch auf die des Effektenverkehrs ist die Aufmerksamkeit der amtlichen Kreise gerichtet. Newyork hat den Schlußkurs der Mark mit 0,0026 Cent gleich einer Parität von etwa 38 000 Mark gemeldet, und auch an der Nachbörse war keine Veränderung eingetreten. Trotzdem setzten Dollarnoten vormittags mit 43 000 Mark ein, um sich gegen 12 Uhr mittags auf etwa 41 500 Mark zu 42 000 Mark zu 41 500 Mark zu stellen. Stärkere Abgaben der Reichsbank ließen eine weitere Erholung des Preisstandes nicht aufkommen. Auch die übrigen Auslandsdevisen waren schärfer abgeschwächt. Auszahlung London ging auf 192 517 Mark, Amsterdam auf 16 359 Mark zurück. Von Noten wurden polnische Noten mit 110 Mark, rumänische Leinoten mit 10 400 Mark und österreichische Kronennoten mit 60 zu 65 Mark gehandelt. Prag stellte sich auf 1165 Mark.

Amtl. Berliner Wechselkurse vom 1. Februar.

Amsterdam 16 359—16 441, Stockholm 11 072,75—11 127,25, Rom 1960,98—1969,92, London 192 517,50—193 482,50, Newyork 41 396,22—41 603,75, Paris 2453,85—2466,15, Zürich 7780,50—7819,50, Prag 1177,05—1182,95.

Effektenmarkt schwächer.

Berlin, 1. Februar. Der Effektenmarkt steht heute unter dem Eindruck der Devisenbewegung. In den Börsenbüros der Banken kennzeichnet sich die Stimmung schon am Vormittag als sehr zurückhaltend. Wenn auch vom Publikum bisher kein Verkaufsandrang besteht, so lagen doch immerhin zahlreichere Verkäufe vor, denen keine allzugroße Nachfrage gegenüberstand. Im allgemeinen scheint das Publikum keine größere Neigung zu haben, sich neu zu engagieren, während es von seinen Beständen sich teilweise etwas loslöst. Die Kurse, die man heute während der Verrechnung von Fehlern an den Maklerschranken hörte, waren meist niedriger, geben aber kein ganz klares Bild, da der Hauptteil der Orders erst morgen früh gegeben wird und sich daher erst an der morgigen Börse auswirken kann. Für Schiffahrtsaktien bestand auf niedriger Preisbasis etwas Interesse. Man hörte Lloyd mit 45 000, Hansa mit 65 000 und Packetfahrt mit 85 000. Auch Bankaktien waren gut gehalten. Commerzbank 17 000, Disconto 20 000, Mitteldeutsche 14 000, Oesterreichische Credit begehrt zu 18 000. Otavi nannte man 240 000, Benz 26 000, Heidburg 72 000 und Zolltürken 35 000. Westliche Montanwerte wie überhaupt alle schweren Papiere wären stärker angeboten.

Produktenmarkt.

Berlin, 1. Februar. Käufer halten zurück, Produzenten ebenfalls. Umsätze infolgedessen sehr gering. Preise kaum verändert. (Nichtamtlich.) Drahtgepr. Weizenroggenstroh 18 000—18 500, drahtgepr. Haferstroh 18 000—18 500, bindfadengepr. Weizenroggenstroh 17 900—18 200, lose geb. Krummstroh 16 000—16 500, Häcksel 18 500—19 000, handelsübliches Heu 17 000—17 500, gutes Heu 18 000—18 500, Weizenkleie 20 000, Bierträber 21 000, Treber 20 000, Haferschalen 16 000, Haferkleie 15 000, Strohmehl 14 000, Palmkernschrot 19 000 für 50 kg. einschließlich Verpackung. Alles ab Berladeort.

Mittagsbörse. (Amtlich). Weizen märk. 62—63 000, Roggen märk. 56—55 000, Sommergerste märk. 55 000, Hafer märk. 48—49 000, schles. 47—48 000, Mais Waggon frei Hamburg 63—64 000, je 50 kg., Weizenmehl 180—210 000, feinstes über Notiz bezahlt, Roggenmehl 160—170 000, je 100 kg., Weizenkleie 38—39 000, Raps 95—105 000, Viktoriaerbsen 85—95 000, kleine Speiseerbsen 75—80 000, Futtererbsen 50—60 000, Peluschken 100—135 000, Ackerbohnen 70—75 000, Wicken 100—125 000, Lupinen, blaue 45—60 000, gelbe 65—85 000, Seradella 145—175 000, Rapskuchen 42—40 000, Trockenschnitzel 23—22 000, vollwertige Zuckerschnitzel 33—30 000, Torfmelasse 30/70 16—15 000, Kartoffelflocken 37—35 000.

Berliner Speisefettmarkt vom 31. Januar.

Butter. Die Nachfrage ist unverändert dringend. Die heutige amtliche Preisfeststellung im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel ist: 1a Qualität 5000 Mark. — Margarine. Der Konsum ist schleppend, doch ist auch die Produktion stark eingeschränkt und wird auch hier mit baldigem Herausgang der Preise gerechnet. — Schmalz. Während die Angebote von Amerika ziemlich unverändert bleiben, gingen die Preise hier im Zusammenhang mit den steigenden Devisenkursen rapide in die Höhe. Die Konsumnachfrage ist sehr gering, da bei den hohen Preisen die Kaufkraft infolge Geldmangels fehlt. Die heutigen Notierungen sind nominell. — Speck. Preise stark steigend.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 1. Februar.

Auftrieb: 183 Rinder, 25 Ochsen, 25 Bullen, 21 Kalben, 111 Kühe, 389 Kälber, 224 Schafe, 474 Schweine, zus.: 1270. Preise für 50 kg. Lebendgewicht (in 1000 Mark): Ochsen: 1. Kl. 115—120, 2. Kl. 015, 3. Kl. 95—105; Bullen: 1. 110—115, 2. 100—115, 3. 90—100, Kühe: 1. (Kalben) 115—120, 2. 115—120, 3. 100—115, 4. 85—100, 5. 65—85; Kälber: 2. 165—170, 3. 150—165, 4. 120—150; Schafe: 1. 125—130, 2. 100—125, 3. 80—100; Schweine: 1. 240—245, 2. 245—250, 3. 220—240, 4. 200—220, 5. 200—220. Geschäftsgang: Rinder mittelmäßig. Kälber sehr gut, Schafe und Schweine mittelmäßig. Ueberstand: 14 Schweine.

Berliner Metallpreise vom 1. Februar.

Elektrolytkupfer 14 650, Raffinadekupfer 11 500—12 500 Weichblei 5100—5600, Rohzink 6100—6500, Aluminium 17 202 Banczinn 36 000—36 300, Reinnickel 23 300—23 700, Barrensilber (ex. 900f.) 800 000—810 000.

Verantwortliche Redaktion: Politik, örtl. und prov. Teil: L. Baltz. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230202-18/fragment/page=0003

Der Silberschrein des Freigrafen Gerhard Hennecke

von A. Klein-Rossell.

(72) Nachdruck verboten.

„Wo ist meine Tochter?"

„Ich denke, in ihrem Zimmer."

Die Männer stürzten dahin. Auch diese Tür stand weit offen.

„Allmächtiger! Ermordet!" schrie Nicolai gellend. Er stand als erster im Türrahmen und umfing mit einem Blick den am Boden liegenden Dolch, und die leblose Mädchengestalt. Wild aufschluchzend warf er sich darüber.

Der Kommissar hatte den Körper seiner Tochter und den Dolch ebenfalls gesehen, aber im merkwürdigen Gegensatz zu der Verzweiflung seines zukünftigen Schwiegersohnes dabei eine Art augenblicklicher Erleichterung empfunden. Denn das Gesicht Leontines war durchaus friedlich und am der fleckenlosen Weiße des Dolches klebte kein Blut.

Er hatte diese Feststellung übrigens kaum getroffen, als ein jubelnder Ausruf seine Aufmerksamkeit von neuem in Anspruch nahm. Nun sah er, daß Nicolai das Mädchen in seinen Armen hielt und die braunen Augen groß und verwundert aufgeschlagen waren. Und dann vernahm er das folgende Gespräch:

„Wo bin ich denn, Friedrich?" fragte eine im höchsten Grade verwundete Stimme.

„Bei mir, Liebling!" antwortete eine andere, in der Zärtlichkeit und Aufregung wunderlich um die Herrschaft stritten. „Ist dir etwas geschehen? Bist du verletzt?"

„Passiert? — Verletzt? — — Hartungk!" Sie schrie auf. „Er wollte mich umbringen!"

Nicolai hatte sie in denselben Sessel gesetzt, in dem sie ihren angenehmen Träumereien nachgehangen hatte. Und nun gab es ein kurzes Klagen und ein langes Trösten.

„Und dann — wurdest du ohnmächtig?"

Sie schüttelte den Kopf mit dem etwas in Unordnung geratenen blonden Haar. Ihren Vater, der nun in ihrem Rücken stand, hatte sie noch gar nicht gesehen.

„Nein, nein, ich war bei Besinnung. — Oh, es war entsetzlich. — Aber das Gewissen schlug ihm wohl plötzlich, denn er warf auf einmal den Dolch von sich und stürzte fort. Dann fiel ich hin."

Der Kommissar trat zurück und schloß leise die Tür. In großer Eile verließ er das Haus und warf sich in das unten harrende Auto.

„Nach dem Rathause! Schnell!" befahl er kurz. —

An demselben Abend noch wurde Hartungk im Birnbaumschen Wäldchen mit durchschossenem Herzen tot aufgefunden. Der Körper lag neben dem Strauch, auf dem er seinerzeit das Stück Foulardseide gefunden haben wollte.

Drei Tage später gab Nicolai dem verblichenen Feind das letzte Geleit. Er war der einzige Leidtragende, der hinter dem schmucklosen Armesündersarg herging. Ein Gefühl der Trauer erfüllte ihn in der Tat. Schweres hatte er durch diesen Mann erdulden müssen, aber er dankte es ihm, daß er eine edle Regung hatte Gewalt über sich gewinnen lassen und ihm dadurch das allerschwerste erspart blieb.

Um die Zeit, da der Revolverschuß im Birnbaumschen Wäldchen knallte, befanden sich Mohn und die Familie Theissen bereits in den Händen der Polizei. Die Tochter wurde indessen noch an demselben Tage entlassen, da sich sofort herausstellte, daß sie von dem verbrecherischen Treiben der Eltern keine Kenntnis hatte. Diese und Mohn leugneten zwar anfänglich, brachen dann aber vollständig zusammen, als sie die Schwere des gegen sie vorliegenden Beweismaterials erkannten.

Sie legten nun ein rückhaltloses Geständnis ab, das auch mit dem Ergebnis der inzwischen über ihr Vorleben gepflogenen Ermittlungen übereinstimmte.

Danach hatten die drei schon in der Stadt Saarbrücken jahrelang das unsaubere Gewerbe des Hehlens ausgeübt. Dort wie hier hatte Theissen die gleiche Praxis befolgt und stets in der vordersten Reihe der Schreier gestanden, was den Verdacht lange von ihm fernhielt. Als er schließlich doch auf ihn fiel, nahm man eine unerwartete Haussuchung vor, die indessen völlig ergebnislos verlief. Auf Grund schwerwiegender Anzeichen wurde er trotzdem in eine Anklage verwickelt, wegen Mangels an Beweisen aber freigesprochen.

Da man nun einmal auf die drei aufmerksam geworden war, wechselten sie den Schauplatz ihrer Tätigkeit.

Theissen beteuerte nun, daß er die feste Absicht gehabt habe, nicht mehr in den früheren Fehler zurückzufallen. Es lag nach in der Tat kein Grund vor, diese Beteuerung anzuzweifeln, soweit sie die ersten drei Jahre seines nunmehr fast vierjährigen Aufenthaltes anging. Der geschäftliche Mißerfolg, der ihn an den Rand des Ruins brachte, hatte diesen guten Vorsatz aber so bedenklich erschüttert, daß er der Versuchung erlegen war, als Morkowski ihm durch Mohn zugeführt wurde.

Nach seinen und Mohns Mitteilungen hatte sich der Raub auf „Barbara-Tiefbau" fast genau so zugetragen, wie ihn der Scharfsinn des Kommissars rekonstruiert hatte. Theissen und Mohn fingen die Leinwandbeutel am Fenster auf und warteten in einiger Entfernung die Rückkehr Morkowskis ab. Die Verfolgung durch den Direktor Hergelauf wollten sie indessen nicht bemerkt haben, vielmehr sei das durch Hartungk geschehen, der dem Unternehmen den Rücken zu decken hatte; er sei es auch gewesen, der den tödlichen Streich geführt habe. Da diese Behauptung nicht zu widerlegen war und auch nicht einmal unwahrscheinlich klang, mußte man sie gelten lassen.

Ueber die Vorgänge, die auf den Mord folgten, gaben sie übereinstimmend die folgende Darstellung:

Hartungk erteilte ihnen, nachdem er den Mord verübt hatte, den Auftrag, den Körper, aus dem sie alles Leben entflohen glaubten, beiseite zu schaffen und die Spuren zu entfernen. Er selbst suchte in aller Eile seine Wohnung auf, denn sie mußten damit rechnen, daß der Raub jeden Augenblick entdeckt und dann die Direktionsvilla alarmiert werden würde. Sie hatten nun die Absicht, den Erschlagenen nach dem unbekannten Gelände der Hafenstraße zu schaffen, als bemerklich machten. Sie beschlossen nun, ihn liegen zu lassen sich bereits Anzeichen erwachenden Lebens in der Rosengasse und zur Erklärung den Einbruch zu fingieren, wobei der sehr aufgeregte Theissen des Guten zu viel tat, indem er den ganzen Laden durcheinanderwarf.

(Schluß folgt.)

Bekanntmachung.

Tagesordnung

für die Sitzung des Zweckverbandsausschusses Leuna am Montag, den 5. Februar 1923, abends 7 Uhr in Leuna-Werke, Bau M. 61.
(Sitzungszimmer):

1. Trinkwasserversorgung Leuna.
2. Gebühren für Anschluß an die Wasserleitung.
3. Wasseranschluß des Verwaltungsgebäudes
4. Ankauf eines Postens Mauersteine.
5. Vergebung der Transportarbeiten für die Anlieferung der Steine.
6. Aufnahme eines kurzfristigen Darlehns
7. Erhöhung der Gebühren sämtlicher Gebührenordnungen für den Zweckverband Leuna.
8. Bericht über die Finanzierung der Baugenossenschaft.
9. Personalangelegenheiten.
10. Anträge und Wünsche.

Leuna-Werke, den 1. Februar 1923.

Der Vorsitzende des Zweckverbandes Leuna.
Cornely.

Preise
für markenfreies Gebäck
ab 3. Februar 1923:

1 Brot (1900 Gr.) . . .	1800 Mark
1 Brötchen	60 Mark
1 Semmel	120 Mark
1 Pfd. Zwieback	1600 Mark

Backlohn erhöht sich um 50 %.

Bäcker-Innung Merseburg.

höchste Preise
an Händler und Private für
Lumpen, Knochen, Bücher, Zeitungen und Alt-Metalle
Felle
zu besonders erhöhten Preisen zahlt stets
Frau Irmisch
Johannisstraße 16.

Streng reell! Luxussteuerfrei!
Gold- Silber- Platin- } Bruch
Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte
sowie sämtliche Gegenstände in Edelmetall kauft laufend
Br. Herzog. Halle a. S.
Neue Promenade 10.

Beachten Sie!
noch meine **Ausnahmetage** bis Sonnabend
Ankauf von sämtlichen Edel-Metallen luxussteuerfrei!
Gold- Silber- Platin- } Bruch
Zahngebisse
Brennstifte
Brillanten
Holland, HALLE a. S. Schülershof 10 am Markt sichtbar!
Für Altertümer und antike Gegenstände Liebhaberpreise!

Brillanten, Platin-, Gold-, Silber-Bruch kauft ständig zu reellen Preisen
Emil Poenitsch jun., Halle, Marktplatz 15. Ecke Talamtstrasse.

Gold- Bruch kauft Silberwaren, Zahngebisse, Brillant, Uhren, Kett., Ringe
Halle, Steinweg 25
H. Lichtenstein

Gold, Silber, Platin,
(Bruch)
alte Zahngebisse
kauft
Abramowitz,
Halle a. S., Schmeerstr. 14, I.

Familien-Nachrichten.
Gestorben: Waldemar Schmidt, 25 J., Trotzen; Walter Schulze, 11 Mon., St. Michelis; Margarethe Boland, 20 J., Weißenfels; Ludwig Rinneberg, 22 J., Weißenfels; Martha Winter, 34 Jahr, Tagewerkerin; Friedrich Willheim Haase, Weißenfels.

Fahrradgummi Fahrräder Kinderwagenreif.
Katalog gratis.
Emil Levy, Hildesheim

Junger Herr sucht
möbl. Zimmer
für sofort od. später Gute Bezahlung. Angeb. unt 345 an die Exped. d. Bl.

Möbl. Zimmer
von jungem Herrn sofort gesucht. Off. unt. D R an die Exped. d. Bl.

Billige Wohnungen
erzielen Sie durch die Verwendung von
Rapid-Bausteinen.
Durch Weltpatente geschütztes Verfahren, auf kaltem Wege ohne besondere bauliche Anlagen Steine etc. in ca 24 Stunden stapelbar, bis 3000 Stück stündlich, allerwärts zu fertigen aus jeglichem Material, in wenigen Tagen transportfähig.
Glänzende Gutachten, beste Kapitalsanlage!
Interessenten für Ankauf der Fabrikationsrechte belieben sich zu wenden an
Rapid, Gesellschaft für Bausteinanlagen Deckting & Co., G. m. b. H. Hannover, Bergmannstraße Nr. 7.

Von Sonntag, den 4. d. Mts. steht wieder ein Transport guter
Kühe
im „Goldenen Hahn" in Merseburg zum Verkauf.
Robert Amling. Tel. 240. Otto Heilmann.

Geübte Näherin
sucht Beschäftigung außer dem Hause, auch aufs Land. Gefl. Offerten unt. D. E. 17 an die Exp. d. Ztg.

Kleinkunst-Bühne
Neues Schützenhaus. Tagesen abends 5 Uhr. Sonntags nachmittags 5 und abends 8 Uhr. Tel. 292
Das große Fest-Programm. Gastspiele erstklassiger Kabarett-Künstler.
Jeden vierten Tag Programmwechsel.
Direktion: H. Ellenberger.

Stadttheater Halle
Sonnabend, abds. 7 Uhr:
Peer Gynt.

Ostmärker.
Nächsten Montag, abends 8 Uhr:
Monatsversammlung
im „Tivoli".

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 4 Februar 1923 (Sexagesimä).
Gesammelt wird eine Kollekte für den Evangel. Verband der weibl. Jugend Deutschlands.

Es predigen:

Dom Vorm. 10 Uhr: Diakonus Wuttke.
Vorm. 10.45 Uhr: Kindergottesdienst.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde in der Herberge zur Heimat. Diakonus Wuttke
Jungfrauen-Verein des Vaterländischen Frauen-Vereins (Geiseristr. 1).
Sonntag, abends 7.30 Uhr: Versammlung.
Volksbibliothek: Geöffnet Sonntags von 11.30 bis 12.30 mittags.

Stadt. Vorm. 10 Uhr: An der Geisel 5. Pastor Riem.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst a. d. Geisel 5. Pastor Riem.
Evang. Männer- und Jugendverein.
Sonntag, abends 8 Uhr Versammlung An der Geisel 5. — Herr Klos.
Evang. Mädchenbund St. Maxim.
Dienstag, abds. 8 Uhr: Chorgesang in der Herberge zur Heimat. — Lehrer Busch
Mittwoch, abds. 3 Uhr: Versammlung An der Geisel 5. — Pastor Riem.

Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Kragenstein. Am Anschluß Beichte u. heilig. Abendmahl.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Beides in der Kirche.
Montag, nachm. 4 Uhr: Frauenhilfe in der Vereinsküche (Schloßgartensalon).

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Voit. Am Anschluß Beichte und heilig Abendmahl.
Vorm. 10.45 Uhr: Kindergottesdienst.
Montag, abends 8 Uhr: Konfirmierte Söhne im Pfarrhause.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Mädchenverein St. Thomas im Pfarrhause.

Christliche Versammlung, Blankestraße 1.
Bibelkunde Sonntag, abds. 8 Uhr und **Donnerstag,** abds. 8 Uhr Gottherdstr. 2a I.

Neue Kirchliche Gemeinschaft
Versammlungslokal: „Herberge zur Heimat". Eingang: Blankenstraße, 1 Treppe.
Mittwoch, abds. 8 Uhr: Bibelbesprechstunde.

Katholische Gemeinde.
Sonnabend von 5—7 und 8—9 Uhr: Beichtgelegenheit.
Sonntag, den 4. Februar 1923.
Früh von 6.30—7.30 Uhr: Beichtgelegenheit.
7.30 Uhr: Frühmesse mit Predigt.
10 Uhr: Hochamt mit Predigt.
Nachm. 2 Uhr: Andacht.

Neu-Röhlen. 8 Uhr: Frühmesse in der Schule.
10.30 Uhr: Hochamt mit Predigt in der Kirche.

Raunsdorf. 8 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.

Delitzsch. 11 Uhr: Hochamt mit Predigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230202-18/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 28 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 2. Februar 1923

Tagesordnung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

am Montag, dem 5. Februar 1923, abends 6 Uhr im alten Rathaus.

1. Wahl von 2 Mitgliedern für den Verwaltungsrat der v. Schildt — Wolffersdorffschen Stiftung.
2. Satzungsnachtrag für das Altersheim.
3. Satzungsnachtrag für das Andreasheim.
4. Erhöhung des Ausgabeansatzes G. I. des Wohlfahrtsamtes auf 25 000 M.
5. Schenkung von 175 270 M. Zuwachssteuer an das Christianenwaisenhaus.
6. Genehmigung der umgearbeiteten Lieferungsbedingungen für Gas, Wasser und Strom.
7. Annahme einer Stiftung.
8—12. Genehmigung des Nachtrages zur Hundesteuer 1922 u. 23, Grundwertsteuerverordg., Ankündigungssteuerverordnung Vergnügungssteuerverordnung, Hausangestelltensteuerverordnung.
13. Einführung einer neuen Gewerbesteuerverordnung.
14. Erhebung eines 3. und 4. Steuervierteljahres bei Gewerbesteuer und Betriebssteuer.
15. Nachumlage von Kanalbenutzungsgebühren.
16. Erhöhung der Mieten für die Wohnungen in den Baracken und der Fischerstraße.
17. Entschädigung f.—d. Hauswartgeschäfte in den Baracken an der weißen Mauer.
18. Kenntnisnahme von den Verhandlungen wegen der Aufbauschule und daß Merseburg danach eine Aufbauschule nicht bekommen soll.

Geheime Sitzung.

Die neue preußische Grundsteuer.

Der Preußische Landtag hat in seinen letzten Sitzungen vor den Weihnachtsferien den Gesetzentwurf über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen in zweiter Lesung im Plenum beraten. Die Beschlüsse zweiter Lesung liegen nunmehr vor (Drucksache 1061). Durch die Fülle und Ueberstürzung der Reichssteuergesetzgebung ist es zu erklären, daß die Steuergesetze der Länder in der Oeffentlichkeit verhältnismäßig wenig Beachtung gefunden haben. Wenn es sich bei dem vorliegenden auch nur um ein vorläufiges Gesetz handelt, liegt es dennoch im dringendsten Interesse des Grundbesitzes, diesem Gesetze noch vor seiner endgültigen Verabschiedung erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Als steuerbares Grundvermögen gelten die land- und forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücke, auch einschließlich des lebenden und toten Inventars. Die Steuer beträgt jährlich 6 vom Tausend des Wertes. Als Wert gilt für landwirtschaftliche pp. genutzte Grundstücke das Achtfache des Ergänzungssteuerwertes für den Veranlagungsabschnitt 1917/19. Auf Einzelheiten des Gesetzes soll hier nicht eingegangen werden. Nur die für den Grundbesitz wesentlichen Punkte seien hervorgehoben:

Schuldner der Steuer ist zunächst der Eigentümer. Neben dem Eigentümer haftet als Gesamtschuldner der Pächter, der Eigentümer des lebenden und toten Inventars ist, im Verhältnis des Wertes des lebenden und toten Inventars zum Gesamtwerte. Diese Verteilung kann nicht als gerecht angesehen werden, da bei Verpachtungen mit eisernem Inventar der Verpächter Schuldner für den ganzen Betrag der Grundsteuer ist; während doch der Pächter das eiserne Inventar voll ausnutzt und dem Verpächter infolge der für diesen ungünstigen Pachtschutzgesetzgebung nur einen verhältnismäßig geringen Anteil am Reinertrage abtritt. Auch bei verfaultem Inventar dürfte die hier getroffene Regel unbillig sein, da der Pächter nur im Verhältnisse des Inventarwertes zum Gesamtwerte haftet, während er aus Grund und Boden und Gebäuden meist verhältnismäßig wesentlich höhere Einnahmen erzielt als der Verpächter aus dem Pachterlös.

Paragraph 7 regelt die Zusammensetzung der Steuerausschüsse. Vorsitzender ist der Vorsteher des Katasteramtes. Die Mitglieder ernennt teils der Regierungspräsident, teils wählt sie die Kreis- oder Gemeindevertretung. Die zu wählenden und die zu ernennenden Mitglieder müssen je zur Hälfte Grundbesitzer und Nichtgrundbesitzer sein. In ähnlicher Weise werden gemäß Paragraph 8 die Berufungsausschüsse gebildet. Diese Art der Bildung der Ausschüsse führt zu rein parteipolitischer Zusammensetzung, die keine sachliche Arbeit gewährleistet. Es muß hier verlangt werden, daß die Wahl durch die gesetzlichen Berufsvertretungen (Landwirtschaftskammer, Handelskammer usw.) erfolgt. Eine Ernennung von Ausschußmitgliedern nach dem freien Ermessen des Regierungspräsidenten dürfte überhaupt nicht stattfinden. Wenn diese Vorschrift Gesetz wird, könnten in Bezirken mit sozialistischer und kommunistischer Mehrheit, so wie wir es im Reiche erlebt haben, Arbeiter und Handwerker, die vielleicht ein Viertel Morgen Garten besitzen, als „Grundbesitzer" in den Steuerausschuß berufen werden.

Die wichtigste Vorschrift enthält Paragraph 20. Die Bedenken gegen die Erhebung der staatlichen Grundsteuer werden meist damit zurückgewiesen, daß es sich nur um eine verhältnismäßig niedrige Besteuerung durch den Staat handelt. Diese staatliche Besteuerung bildet aber die Grundlage für die durch die Gemeinden zu erhebenden kommunalen Grundsteuern. Paragraph 20 gestattet nun den Gemeinden Zuschläge in unbegrenzter Höhe. Lediglich bei Zuschlägen über 200 Prozent ist die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erforderlich. Nach den zur Zeit vorliegenden Nachrichten sind die Gemeinden in diesen Zuschlägen ganz außerordentlich weit gegangen. Zuschläge von 40 000, 60 000 Prozent sind keine Seltenheiten: in einer Gemeinde werden sogar 170 000 Prozent Zuschlag erhoben. Es ist keine Rede mehr davon, daß auf die Tragbarkeit der Steuer irgendwelche Rücksichten genommen werden. Jede Ausgabe wird in diesen Gemeinden einfach durch Erhöhung der Zuschläge zur Grundsteuer gedeckt. Es ist daher unbedingt erforderlich, daß eine Höchstgrenze für die gemeindlichen Zuschläge gesetzlich festgesetzt wird. Zu mindesten muß aber bei Zuschlägen über 200 Prozent die Genehmigung durch die beteiligten Minister vorgeschrieben werden, damit der Landtag die Möglichkeit hat, sich mit der Finanzgebahrung derartig wirtschaftender Gemeinden näher zu befassen. Es ist auch zu fordern, daß die autonomen Grundwertsteuerordnungen der Gemeinde in Anlehnung an den Paragraph 20 des vorliegenden Gesetzentwurfes einer Revision unterzogen werden müssen.

Die Grundsteuer belastet den Ertrag des Grundstückes; sie wird aus dem Ertrage bezahlt. Es muß daher gefordert werden, daß, um die Steuer überhaupt ertragbar zu machen, die auf den Grundstücken lastenden Schulden abzugsfähig sind. Es ist anzunehmen, daß noch im Januar die endgültige Verabschiedung des Gesetzes erfolgt. An alle diejenigen, die im Landtag den Grundbesitz zu vertreten haben, sei daher in letzter Stunde nochmals die dringende Mahnung gerichtet, für die im Vorstehenden gekennzeichneten Forderungen der Landwirtschaft einzutreten. Es sei auch darauf hingewiesen, daß der landwirtschaftliche Grundbesitz bereits mit einer Ausnahmesteuer der Getreideumlage belastet ist, mithin schon hierdurch für die Allgemeinheit eine nur ihn allein betreffende Ausnahmesteuer zu tragen hat.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Februar.

Präsident Loebe gedenkt bei Eröffnung der Sitzung mit Worten warmer Teilnahme des furchtbaren Grubenunglücks in Oberschlesien und seiner Opfer. Die Abgeordneten erheben sich von den Sitzen. Das deutsch-polnische Bergwerksabkommen über Oberschlesien wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der 10. Nachtragsetat mit Besoldungsaufbesserungen und der Ermächtigung, für Zwecke der Volksernährung 1,500 Milliarden Schatzanweisungen auszugeben, geht an einen Ausschuß. Da für die dritte Beratung des Jugendgerichtsgesetz noch einige Anträge vorzubereiten sind, tritt um 1/2 3 Uhr eine einhalbstündige Pause ein.

Nach der Pause kommt das Jugendgerichtsgesetz zur dritten Lesung. Nachdem ein deutschnationaler Antrag, der die Regierungsvorlage wieder herstellen will, wonach die Landesregierungen die Tätigkeit der Jugendämter-Vereinigung übertragen können, die sich mit der Jugendreform beschäftigen, mit 176 gegen 165 Stimmen abgelehnt ist, wird die Vorlage nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen, ebenso die Ausschußentschließungen, daß nur die befähigten Richter zum Amt des Jugendrichters heranzuziehen sind. Dann wird der 10. Nachtragsetat in erster, zweiter und dritter Beratung debattelos angenommen.

Morgen nachmittag 2 Uhr Etatsberatungen und Antrag über den bayerischen Ausnahmezustand. Schluß 4 1/2 Uhr.

Politische Rundschau

Sozialistisch-bürgerliche Regierung in Sachsen.

Der Sturz der sächsischen Regierung ist dadurch zustande gekommen, daß alle nichtsozialistischen Parteien für den kommunistischen Mißtrauensantrag eintraten. Das Bestreben geht nun dahin, zwei Demokraten in die Regierung zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230202-18/fragment/page=0005

nehmen und auf die wohlwollende Neutralität der Volkspartei zu bauen. Im Lande Braunschweig, wo die Parteiverhältnisse genau wie in Sachsen liegen, ist man so verfahren, und dieses Vorbild will man in Sachsen befolgen. Die Sozialdemokraten haben es endlich satt, von der unzuverlässigen Unterstützung der Kommunisten zu leben und sind gewillt, die Demokraten in die Regierung hineinzunehmen. Am Sonntag werden die Landesparteiinstanzen Beschlüsse fassen und den bisherigen Ministerpräsidenten Buck wieder präsentieren. Bereits am nächsten Dienstag wird der Landtag die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Buck wieder mit der Bildung der Regierung beauftragt wird. Die Demokraten sind zum Eintritt bereit, (!) und die Volkspartei will wohltuende Neutralität gewähren. Von den bisherigen sozialdemokratischen Ministern dürften nicht wiederkehren Kultusminister Fleißner und Finanzminister Held.

Fehlspruch im Prozeß Graff.

Unschuldig verurteilt.

Zu dem gegen vier Beamte der Hamborner Schutzpolizei wegen Ermordung des belgischen Leutnants Graff ausgesprochenen Todesurteil des belgischen Militärgerichtes in Aachen erfahren wir von zuständiger Seite folgendes:

Seitens der deutschen Verteidiger ist in der Beweisaufnahme bereits hervorgehoben, daß die jetzt Verurteilten unmöglich die Täter sein könnten, da in den letzten Tagen drei andere ehemalige Beamte der Hamborner Schutzpolizei vor dem Untersuchungsrichter in Stettin glaubhaft gestanden hätten, die wirklichen Mörder zu sein. Es handelt sich um die ehemaligen Schupobeamten Kaws, Schwirrat und Engeler, die sich jetzt sämtlich in Stettin in Haft befinden. Die Geständnisse werden bestätigt durch einige Zeugenaussagen. Wenn auch diese Geständnisse erst acht Tage vor Beginn der Aachener Militärgerichtsverhandlungen abgelegt worden sind, hat die deutsche Regierung nicht unterlassen, die belgische Regierung und die belgischen Militärjustizbehörden von der neuen Sachlage sofort in Kenntnis zu setzen. Außerdem war bei der belgischen Regierung unter Hinweis auf frühere Rechtsausführungen der Antrag wiederholt worden, die Aachener Angeklagten den deutschen Gerichten zurückzugeben, da Hamborn zur Zeit der Tat unbesetzt war. Zugleich hatte sich die deutsche Regierung unter Aufrechterhaltung ihres Rechtstandpunktes bereit erklärt, einen Abgesandten der belgischen Regierung Einblick in die Akten und Anwesenheit bei der Vernehmung der Angeschuldigten zu gestatten. Bisher ist eine Antwort auf diese Anträge noch nicht eingegangen.

Das Urteil des Aachener Militärgerichts wird Anlaß geben, erneut auf die schwere Verantwortung hinzuweisen, die in dieser Angelegenheit, bei der vier Menschenleben auf dem Spiele stehen, alle Beteiligten tragen. Die deutsche Regierung ist bestrebt, die Frage unter Ausschaltung aller politischen Gegensätze lediglich im Dienste der objektiven Wahrheit nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu erledigen. Es stehen weitere Schritte in Brüssel bevor, und es wird nichts unversucht gelassen, um einen Justizmord zu verhindern und die wahrhaft Schuldigen der verdienten Strafe zuzuführen.

Freiherr von Essen †.

Vorgestern Nacht ist in Berlin der schwedische Gesandte, Freiherr Hans von Essen im Alter von 50 Jahren nach längerer Krankheit gestorben.

In dem Verstorbenen verlieren wir einen überaus warmherzigen Freund der deutschen Sache.

Landesverräter.

Vom ersten Tage an hat es sich gezeigt, daß die Kommunisten von ihrem bisherigen landesverräterischen Kurs ihrer Politik auch in dieser Stunde der höchsten Not nicht abweichen wollen. Kommunistische Elemente versuchen im Ruhrgebiet und im unbesetzten Deutschland mit allen Mitteln Haß und Zwietracht zu säen. Hiergegen muß im ganzen Reich von der Reichsregierung energisch Front gemacht werden. Der Staatsgerichtshof und die Schutzgesetze sind hier wahrhaft am Platze und müssen Anwendung finden, soll es nicht den Kommunisten gelingen, durch ihre Umsturzversuche zur Errichtung der „Diktatur des Proletariats" den nationalen Abwehrkampf zu beeinträchtigen.

Auch neben den Kommunisten gibt es leider Elemente, die sich nicht in die vaterländische Abwehrfront einzufügen vermögen. Nur ein Beispiel sei genannt, die „Essener Arbeiter-Zeitung", die gegen die nationale Kundgebung in Essen anläßlich der Rückkehr der verhafteten Industriellen Sturm lief und mit alten abgedroschenen Phrasen das aufkeimende Zusammenstehen von Arbeitgebern und Arbeitern zu ersticken versuchte. Dieses Beispiel ist umso bedauerlicher, als die Essener Arbeiterzeitung nicht etwa ein kommunistisches Blatt, sondern das Organ der MSPD. und der freien Gewerkschaften in Essen ist. Wir wissen, daß auf solche Entgleisungen der verantwortlichen örtlichen Führer der MSPD. und der freien Gewerkschaften die Arbeiterschaft selbst die notwendige Antwort geben wird. Aber, eine Stelle muß da sein, die gegen solche Entgleisungen durch öffentliche Brandmarkung sofort einschreitet, damit die Oeffentlichkeit ihre Gefahren erkennt und den Elementen, die sich selbst außerhalb der nationalen Abwehr stellen, die notwendige Antwort erteilt.

Der tote Hund.

Der französische Botschafter in Berlin erhielt vor einigen Tagen durch die Post ein Paket zugestellt, das an ihn persönlich adressiert war und in dem sich bei der Oeffnung zum Schrecken der gesamten Familie de Margerie ein toter Hund anfand. Der unbekannte Absender ist wahrscheinlich ein Kenner der deutschen Geschichte des Mittelalters und hat an König Heinrich I. gedacht, der den Madjaren anstelle des jährlichen Tributes eines schönen Tages ebenfalls einen toten Hund zusandte, worauf dann ein Krieg ebenfalls der für den König siegreich beendet wurde.

Vor einem neuen Orientkriege?

Eine gewundene Reutermeldung.

Reuter meldet: „In Konstantinopel wird nicht daran gezweifelt, daß die allerwahrscheinlichste Folge eines völligen Bruches in Lausanne ein neuer Krieg sein wird. Die Kemalisten haben ihre Truppen im Hinblick auf einen eventuellen Abbruch organisiert. In der Gegend von Konstantinopel stehen ungefähr 20 000 Türken unter den Waffen. In Thrazien befinden sich 30 000 Mann. Die britische Truppenmacht befindet sich in glänzender Verfassung und wird unterstützt von der ganzen Mittelmeer- und einem Teil der atlantischen Flotte. Auch wenn ein Bruch nicht sofort zum Ausbruch von Feindseligkeiten führen würde, wird es doch nicht möglich sein, den gegenwärtigen Zustand in Konstantinopel auf unbestimmte Zeit fortdauern zu lassen. Die jüngst erfolgte Ermordung britischer Soldaten hat die Gefahr der Lage gezeigt. Wenn derartige Zwischenfälle sich wiederholen, so wird dies zu einem Vorgehen in der einen oder anderen Richtung führen."

Aus Provinz und Reich

Ein Ehedrama.

Leipzig, 1. Februar. In der Nacht zum 31. vor. Mts. hat der 1893 in Breslau geborene Autoschlosser Walther Heinrich, Plagwitzer Straße 29, seine 1894 in Liegnitz geborene Ehefrau Elise verw. gew. Gabriel geb. Schmelzer mit den Händen erwürgt, soweit sich dies nach den äußeren Kratzspuren am Halse der Ermordeten bisher hat feststellen lassen. Auch ein von ihm zurückgelassener Brief läßt darauf schließen, daß er seine Frau und sich um das Leben bringen wollte. Ob die Frau etwa Morphium zu sich genommen hat, darüber kann nur die Sektion Aufschluß bringen. Auf dem Tische wurde eine Schachtel mit Morphium gefunden. Der Ehemann selbst hat bald darauf in den Morgenstunden sich in der Pleiße zu ertränken versucht. Er ist nach dem Krankenhause St. Jakob gebracht worden.

Das Ehepaar Heinrich war seit fünf Jahren verheiratet. Das Ehepaar bewohnte ein möbliertes Zimmer und lebte oft in Zank und Streit. Heinrich, der eine gute Stellung hat, spricht sehr gern dem Alkohol zu und kam des öfteren betrunken nach Hause. Er war ohne Grund sehr eifersüchtig auf seine Frau und hielt sie mit dem Wirtschaftsgeld äußerst knapp. Es kam aus diesen Gründen in der Woche mehrmals zu Streitigkeiten, in deren Verlaufe Heinrich seine Ehefrau in brutalster Weise mißhandelte. Seine Frau, die aus einer angesehenen Liegnitzer Familie stammt, war sehr schwächlich, sie fiel öfter um und beklagte sich Bekannten gegenüber über die Gewalttätigkeiten ihres Mannes. Sie hielt ein Zusammenleben auch nicht mehr länger aus und verließ deshalb vor zehn Tagen ihren Mann. Bei einer ihr bekannten Frau fand sie Unterkunft.

Seit dem Weggange seiner Frau war Heinrich untröstlich. Er versuchte alles, um seine Frau wieder zurückzuholen. Er versäumte seine Arbeit und paßte auf, wo er seine Frau finden konnte. Freunden gegenüber bedauerte er sein Verhalten und vergoß die bittersten Tränen. Am Dienstagabend endlich gewährte ihm seine Frau eine Unterredung in einer Gastwirtschaft. Die beiden Eheleute sprachen sich aus und als das Lokal geschlossen, redete Heinrich seiner Frau zu, sie solle mit ihm nach Hause kommen. Anfangs sträubte sich die Frau, weil sie nichts Gutes ahnte, als aber der Mann wieder zu weinen anfing, ließ sie sich doch erweichen und kehrte mit ihm nach Hause zurück.

Gegen 2 Uhr kam das Ehepaar heim. Kurz nach 7 Uhr morgens verließ Heinrich die Wohnung, und die Logiswirtin erhielt erst durch die Polizei ½11 Uhr vormittags Kenntnis von dem, was sich in der Nacht zugetragen. Heinrich hatte sich nach der Tat in der Nähe des Wassergottes in der Pleiße zu ertränken versucht. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus äußerte er, daß seine Frau nicht von seinem Selbstmordversuch benachrichtigt zu werden brauchte, sie läge zu Hause tot im Bett. Die benachrichtigte Polizei fand seine Angaben bestätigt. Die Frau lag mit Kratzwunden am Hals tot im Bett. Der hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Auf dem Tische stand eine Kaffeetasse mit einer Flüssigkeit und daneben lag eine Schachtel mit Morphium. Ein Zettel wurde vorgefunden, auf dem Heinrich die Liebe zu seiner Frau beteuert und schreibt, nun auch scheiden zu wollen. Die Leiche der Ermordeten wurde nach dem Institut für gerichtliche Medizin gebracht. Heinrich dürfte bald aus dem Krankenhause entlassen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230202-18/fragment/page=0006